Bezugs-Preis

für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure ins Haus gebracht: Ausgabe A nur morgens) vierteljährlich 3 M., monatlich 1 M. Ausgabe B (morgens und abends) vierteljährlich 4.50 M., monatlich 1.50 M. Durch die Post bezogen (2 mal täglich) innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien vierteljährlich 3 M., monatlich 1 M. ausschl. Postbestellgeld, für Oesterreich-Ungarn vierteljährlich 5 K 45 h.

Abonnement-Annahme: Augustusplatz 8, bei unseren Trägern, Filialen, Spediteuren und Annahmestellen, sowie Postämtern und Briefträgern.

Die einzelne Nummer kostet 10 Pfg.

Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8. Telephon Nr. 14692, Nr. 14693, Nr. 14694.

Berliner Redaktions-Bureau: Berlin NW. 7, Prinz Louis Ferdinand-Straße 1. Telephon I. Nr. 9275.

Morgen-Ausgabe B.

Leipziger Tageblatt
und
Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

für Inserate aus Leipzig u. Umgebung die 6gespaltene Petitzeile 25 Pf., finanzielle Anzeigen 30 Pf., Reklamen 70 Pf.; von auswärts 30 Pf., Reklamen 1 M.; vom Ausland 50 Pf., finanz. Anzeigen 75 Pf., Reklamen 1.50 M.

Inserate u. Behörden im amtlichen Teil 40 Pf. Beilagegebühr 5 M. p. Tausend exkl. Postgebühr. Geschäftsanzeigen an bevorzugter Stelle im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Festerteilte Aufträge können nicht zurückgezogen werden. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10 (Tel. VI, 4603).

Nr. 155. Donnerstag 6. Juni 1907. 101. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

* Am gestrigen Tage erfolgte der festliche Einzug des neuen Regenten, Herzogs Johann Albrecht von Mecklenburg und seiner Gemahlin, in Braunschweig. Die „Braunschweigischen Anzeigen" veröffentlichen aus Anlaß des Regierungsantrittes des Herzogs Johann Albrecht einen Amnestieerlaß. (S. d. bes. Art., 2. Beil.)

* Im Boeplau-Prozeß wurde der Angeklagte wegen Vergehens gegen § 353b des Strafgesetzbuches (widerrechtliche Mitteilung amtlicher Schriftstücke) zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. (S. Gerichtssaal.)

* König Oskar von Schweden, dessen Gesundheitszustand gebessert ist, hat die Regierung wieder übernommen.

* Der französische Marineminister hat mit der Vermittlung im Seemannsausstand begonnen. (S. Ausl.)

* Die Dumaauflösungsgerüchte treten in verstärktem Maße auf. (S. Letzte Dep.)

* Die Stadtverordneten wählten gestern Herrn Justizrat Schnauß zum zweiten Vizevorsteher. (S. Sitzungsbericht 2. Beil.)

* Während der gestrigen Herkomerfahrt ereignete sich eine ganze Reihe mehr oder weniger schwerer Unfälle. (S. Art., 3. Seite Dptbl.)

* Im englischen Derby (180 000 M.), das gestern zu Epsom gelaufen wurde, siegte Mr. R. Crokers F.-H. „Orby" unter J. Reiff in einem Felde von acht Pferden. (S. Sport.)

Nationale Bodenpolitik in der Ostmark.

Von einer der Königl. Ansiedelungskommission nahestehenden Seite wird uns geschrieben:

Unter dieser Aufschrift erschien vor kurzem in einem Leipziger Organ ein Aufsatz des Herrn Justizrates Schnauß, in welchem der preußischen Regierung anheim gegeben wird, zur Hebung der Schwierigkeiten, die dem Ankauf polnischer Güter durch die Königl. Ansiedelungskommission zurzeit entgegenstehen, ein gesetzliches Verbot des Zerschlagens großer Güter in der Ostmark, außer von Staats wegen oder bei Erbauseinandersetzungen, vorzubereiten.

Der Verfasser hebt sehr richtig hervor, daß zwar die sogenannte Novelle zum Ansiedelungsgesetz vom Jahre 1904 die Errichtung von Ansiedlerstellen in den östlichen Provinzen von der Genehmigung der Verwaltungsbehörde, d. h. des betreffenden Oberpräsidenten, abhängig macht, daß aber diese gesetzliche Festlegung nicht weitgehend genug sei, weil die polnischen Parzellierungsbanken und Güterschlächter die angekauften großen Güter zwar nicht an Ansiedler, wohl aber mit Umgehung der gesetzlichen Bestimmung, an benachbarte polnische Bauern und Großgrundbesitzer aufteilen. Diese Auffassung entspricht nicht den tatsächlichen Verhältnissen. Eine derartige Aufteilung der von den polnischen Banken angekauften Güter hat bisher nur in ganz verschwindendem Maße stattgefunden. Es kann auch nicht anders sein, da sich große Güter in der Weise im allgemeinen nicht zerlegen lassen. Die Fluren liegen größtenteils weit auseinander, der Acker ist ungleich, Verbindungswege fehlen und müßten mit großen Kosten erst neu geschaffen werden, außerdem ist eine kauftüchtige Nachbarschaft nicht immer vorhanden. In letzter Reihe endlich ist der polnische Bauer infolge des Landarbeitermangels, der sich in der Ostmark ebenso geltend macht, wie in anderen Provinzen, darauf angewiesen, seinen Landhunger unbefriedigt zu lassen. Die Zerschlagung der großen Güter durch die Polen geht deshalb nicht in der vom Verfasser angegebenen Weise vor sich, der angekaufte Besitz bleibt meistenteils in einer Hand. Eine Erweiterung der Novelle zum Ansiedelungsgesetz mit Bezug auf ein allgemeines Verbot des Zerschlagens großer Güter, würde aus diesem Grunde nicht den Erfolg haben, den Herr Justizrat Schnauß davon erwartet. Die Verhältnisse würden so bleiben, wie sie sind, ganz abgesehen davon, daß es sich bei einer solchen gesetzlichen Bestimmung nur um eine negative Maßregel handeln würde, während die preußische Regierung zur Fortführung des großen Ansiedelungswerkes positive gesetzliche Bestimmungen notwendig hat, die es ihr ermöglichen, polnische Güter, da, wo sie solche zur Arrondierung des deutschen Besitzes braucht, anzukaufen. Solche Ankäufe sind um so notwendiger, als die bisher angegründeten deutschen Dörfer und Ansiedelungskomplexe noch in keiner Weise als ausreichend erachtet werden können. Sie bilden vor der Hand noch Inseln im großen polnischen Meer, dessen Wellen darüber hinweggehen und sie mit der Zeit, wie es mit den Bamberger Kolonien bei Posen war, verschlingen würden, wenn es nicht gelingt, zusammenhängende große Ansiedelungsbezirke zu bilden, die ein deutsches Bollwerk gegen die polnische Flut herzustellen vermögen.

Es muß deshalb der Ansiedelungs-Kommission durch geeignete gesetzliche Maßnahmen möglich gemacht werden, in den Gegenden polnischen Besitz erwerben und parzellieren zu können, in denen es sich darum handelt, den schon vorhandenen deutschen Besitz, die schon gebildeten deutschen Ansiedelungsdörfer, durch neue Ansiedelungen zu arrondieren und zusammenhängende deutsche Bezirke zu schaffen, in die polnische Bevölkerung nicht mehr einzudringen vermag. Die preußische Regierung beabsichtigt deshalb, soweit bekannt wurde, der Ansiedelungs-Kommission durch die Verleihung des Enteignungsrechtes zu Hilfe zu kommen. Wie eine derartige Gesetzvorlage aussehen wird, welche gesetzliche Bestimmungen hierzu notwendig sind, steht noch nicht fest. Wie dem aber auch sei, der Verfasser des genannten Artikels verspricht sich durch die Verleihung des Enteignungsrechtes an die Ansiedelungs-Kommission keinen besonderen Erfolg, weil dadurch die überaus hohen Grundstückspreise nicht zurückgehen würden; sie würden im Gegenteil weiter steigen, es bliebe ja der Wettbewerb der Parzellierungsbanken und der Güterschlächter auf dem Grundstücksmarkte bestehen. Die Grundstückspreise sind allerdings in den letzten Jahren erheblich gestiegen. Die Ankaufstätigkeit der Ansiedelungs-Kommission und der dadurch hervorgerufene Wettbewerb der Polen auf dem ostmärkischen Grundstücksmarkte sind aber nicht allein die Ursachen der Preissteigerung des Grund und Bodens, in weit höherem Maße ist diese Preissteigerung durch die Entwickelung der kulturellen Verhältnisse in der Ostmark hervorgerufen worden. Es sind durch Eisenbahn- und Chausseebauten neue gute Verkehrswege geschaffen worden, der Absatz der landwirtschaftlichen Produkte hat dadurch eine wesentliche Steigerung erfahren, die guten Ländereien sind aufgeschlossen, der deutschen Kultur zugänglich gemacht worden. Die Provinzen Posen und Westpreußen bilden heute mit die Kornkammer für ganz Deutschland. Kein Wunder, daß durch eine derartige überaus schnelle Entwickelung in den östlichen Provinzen, die sich der besonderen Fürsorge der preußischen Staatsregierung erfreuen, die Bodenpreise emporgeschnellt sind. Immerhin sind sie noch lange nicht so hoch, als in den westlichen Teilen des Reiches, wo der Acker durchaus nicht fruchtbar ist. Die Ansiedelungs-Kommission hat allerdings 1903 nur 1007 M. durchschnittlich für das Hektar gezahlt und im Jahre 1906 dagegen 1419 M. Im Jahre 1906 sind aber die großen Güter Schönberrn- kaufen und Piontkowo bei Posen, vor den Toren dieser Großstadt angekauft worden. Der Ankaufspreis war um dieser Lage willen ein ziemlich hoher, worauf hauptsächlich die Steigerung des durchschnittlichen Ankaufspreises für die Güter in der ganzen Provinz Posen beruht. Bei einem Preise von etwa 1400 M. für das Hektar kommen auf den Morgen guten Ackerlandes, der sich zum Anbau aller Fruchtarten eignet und reiche Ernten hervorbringt, 350 M., während man in den westlichen Provinzen für den Morgen guten Ackerlandes heute das doppelte und dreifache bezahlt. Von unerschwinglichen Bodenpreisen in der Ostmark kann deshalb nicht gesprochen werden.

Die Befürchtung des Verfassers, daß durch die Verleihung des Enteignungsrechtes an die Königl. Ansiedelungs-Kommission dem Uebel in der Ostmark nicht abgeholfen werden könnte, erscheint demnach grundlos. In der Hauptsache handelt es sich doch darum, polnischen Großgrundbesitz, selbst unter staatlichen Opfern, anzukaufen, zu parzellieren und durch die Vermehrung der deutschen kleinbäuerlichen Bevölkerung, zu germanisieren. Es ist aber zurzeit kein polnischer Besitz mehr zu erwerben, da die Polen nicht verkaufen. Wenn also die Ansiedelungstätigkeit im großen Maßstabe fortgesetzt werden soll, dann ist es unbedingt notwendig, der Ansiedelungs-Kommission weitergehende Befugnisse einzuräumen, die es ihr ermöglichen, polnischen Besitz unter annehmbaren Bedingungen zu erwerben.

Das große Ansiedelungswerk sollte noch ein Menschenalter hindurch fortgesetzt werden, nicht allein im Hinblick auf die Germanisierung der östlichen Provinzen, sondern auch im Hinblick darauf, daß die Vermehrung der kleinbäuerlichen Bevölkerung in allen Provinzen des Reiches von tiefgehender nationaler Bedeutung ist. Durch die Ansiedelungs-Kommission verschafft sich der preußische Staat die notwendigen Erfahrungen und die geschulten Beamten, um späterhin auf diesem Wege auch in anderen Provinzen, so in Pommern, vorgehen zu können. Der verderblichen Landflucht kann am ehesten durch die Schaffung ertragfähiger, kleinbäuerlicher Wirtschaften vorgebeugt werden.

Italiens wirtschaftlicher Aufschwung.

(Von unserem römischen P.-Korrespondenten.)

Die Deputiertenkammer ist im Begriff, die Bilanz des Finanzjahres 1906/07 zu verabschieden. Die Höhe der Staatseinnahmen hat sich im Laufe des letzten Jahrzehnts um 311¾ Millionen, die Höhe der Staatsausgaben um 143¾ Millionen Lire vermehrt. An der Vermehrung der Einnahmen sind vornehmlich beteiligt die Eingänge aus der Geschäftssteuer, aus den Konsumsteuern, den Monopolen und den Verkehrseinrichtungen; an der Vermehrung der Ausgaben die Kosten für die finanzwirtschaftlichen Einrichtungen selbst, für Post und Telegraph, öffentliche Arbeiten, Unterricht, Heer und Marine, sowie die Kosten der Aufbesserung der Beamtengehälter im allgemeinen. Auch das Rechnungsjahr 1906/07 wird mit einem ansehnlichen Ueberschuß figurieren, nämlich mit 60 Millionen Lire; allerdings ist hierbei in Rechnung zu stellen, daß der Ueberschuß von 63 Millionen, den das Jahr 1905/06 ergeben hat, normwidrigerweise als Einnahme von 1906/07 gebucht worden ist, so daß das Jahr 1906/07, für sich allein betrachtet, in Wirklichkeit keinen Ueberschuß aufzuweisen hat, sondern Einnahmen und Ausgaben gerade bilanziert und somit erheblich ungünstiger abschließt als die Vorjahre. Die Einnahmen von 1906/07 werden beziffert auf rund 2136, die Ausgaben auf rund 2076 Millionen Lire. Der Referent der Budgetkommission der Deputiertenkammer schätzt auf Grund der bisher vorliegenden und beantragten Bewilligungen das Wachstum der Ausgaben im Jahre 1907/08 auf 50, 1908/09 auf 67, 1909/10 auf 68½, 1910/11 auf 68½ und 1911/12 auf 56¼ Millionen. Da indessen noch weitere ansehnliche Ausgaben in Aussicht stehen und Ermäßigungen von Steuern geplant sind, so ist die Hoffnung auf ein entsprechendes Wachsen der Einnahmen eine sehr starke.

Daß die Finanzverhältnisse Italiens deshalb und selbst in Anbetracht der Schuldenlast zu Bedenken gegen ihre Solidität nicht nur keinen Anlaß geben, sondern im Gegenteil sehr gut sind und aller Wahrscheinlichkeit noch für absehbare Zeit sehr gut bleiben werden, erhellt überdies, um vom Barbestande der Staatskasse und den Deckungsmitteln der zirkulierenden Kassenscheine abzusehen, aus den jetzt endlich vollzählig vorliegenden Jahresberichten der großen italienischen Emissions- und Handelsbanken. Sie vermitteln samt und sonders die Ueberzeugung einer stetig fortschreitenden Prosperität der italienischen Volkswirtschaft und der wachsenden Befähigung der italienischen Finanzinstitute, sich von dem ausländischen Kapital zu emanzipieren. Der italienische Geldmarkt hat, wie namentlich aus den Berichten der „Banca d'Italia" und der beiden anderen Emissionsbanken erhellt, von der internationalen Goldkalamität keinen Schaden empfunden, ja in den italienischen Banken hat sich der Goldvorrat noch beträchtlich gehäuft (allein die „Banca d'Italia" hatte Ende 1906 einen Goldvorrat im Betrage von 724¼ Millionen Lire gegen 622¼ im Jahre 1905 und 476¾ im Jahre 1904), und der Diskontsatz erhielt sich hier mäßiger als in den weitaus meisten anderen Ländern (Deutschland und England eingeschlossen). An Krisen hat es namentlich in den letzten Monaten des Jahres auch hier nicht gefehlt, Krisen, die mitunter große Dimensionen angenommen und den Kurs der bestfundierten Bank- und Industriepapiere vielfach sehr schwer angegriffen haben, ohne freilich zugleich die Aufwärtsbewegung der Volkswirtschaft und Volkswohlfahrt im allgemeinen ernstlich zu hemmen. In den Zahlen der Handelsbilanz, die im ganzen eine ansehnliche Steigerung, aber eine größere Einfuhr- als Ausfuhrsteigerung aufzuweisen hat, kommt das zu einem richtigen Ausdruck: die Handelsbilanz 1906 beträgt im ganzen 4¼ Milliarden oder 455 Millionen Lire mehr als im Vorjahre; die Einfuhr 2416¾ Millionen oder 352¼ Millionen Lire mehr als im Vorjahre (die meiste Steigerung haben Fabrikate und Rohmaterialien für die Industrie erfahren); die Ausfuhr 1836 Millionen oder 105 Millionen Lire mehr als im Vorjahre (die meiste Steigerung haben unfertige Industrieprodukte und Nahrungsmittel erfahren). Im einzelnen hatte die Landwirtschaft in fast allen Provinzen dank guter Ernten, die Textil-, Seiden-, Baumwollen- und Wollindustrie sowie die Eisen-, Stahl-, Bahn- und Schiffsbauindustrie dank günstiger und weitreichender Arbeitsaufträge sehr ansehnliches Plus. Der glänzende Verlauf der großen Rentenkonversion des Staates hat offenbart, daß Italien in der Lage ist, einen sehr großen Teil der noch im Auslande befindlichen italienischen Schuldtitel mit Leichtigkeit zu absorbieren, ja sogar, wenn Not an Mann wäre, den ganzen Rest aus dem Auslande zurückzuziehen. Man bedenke nur, daß nach der Konversion die italienische Rente mit durchschnittlich 103 an den Börsen notiert wird, und daß der Wechselkurs für italienisches Geld beständig, wenn nicht unter pari, so pari war.

Während nun einerseits das ausländische Kapital sich aus Italien zurückzieht oder richtiger zurückziehen muß — im besonderen ist der Anteil des deutschen Kapitals namentlich an den größten Bankinstituten im Verhältnis zu dem Anteil des italienischen Kapitals noch vor einem Jahrzehnt weitaus überwiegend gewesen und heute auf etwa ein Fünftel zurückgegangen —, unternimmt andererseits das italienische Kapital in steigendem Maße eine gewisse Eroberung des Auslandes. Die „Banca Commerciale Italiana" und die „Banco di Roma" sind es in erster Linie, die diese Expansion führen und tragen. Zunächst sind es die südamerikanischen Staaten, die schon wegen des großen Kontingents italienischer Auswanderer, das sie enthalten, dem italienischen Kapital ein gutes Betätigungsfeld bieten. In Brasilien und besonders in Sao Paulo hat die mit ausschließlich italienischem Kapital ausgestattete „Banca Commerciale Italo-Brasiliana" vermittels vieler Filialen eine fruchtbare Wirksamkeit entfaltet. An der „Banque Commerciale Tunisienne" sind Italiener sehr stark beteiligt. Die kürzlich gegründete „Società Commerciale d'Oriente" in Konstantinopel, deren Grundkapital von 5 Millionen Lire demnächst erheblich gesteigert werden soll, und die sich nicht zum wenigsten die Emanzipation des italienischen Handels im Orient von deutschen Banken zur Aufgabe gesetzt hat, verspricht nicht wenig. An der marokkanischen Staatsbank und an der Bank von Abessinien sind die Italiener beteiligt worden und in ihrer Aktivität neuerdings nicht hinter anderen zurückgeblieben. In Malta, Aegypten, Tripolis, Antivari und anderweit, selbst im äußersten Orient, findet man bereits italienische Bankstellen, die trotz der Bescheidenheit ihrer vorläufigen Geltung doch alle Chancen haben, vorwärts zu kommen. In den letzten Wochen ist nun gar das nicht unpolitische Projekt herausgekommen, in Mesopotamien möglichst im Zusammenhange mit dem deutschen Bahnbau italienisches Kapital anzulegen.

Die Finanzen des Reiches und der Bundesstaaten.

Das neueste Vierteljahrsheft zur Statistik des Deutschen Reiches (Herausgegeben vom kaiserlichen statistischen Amt) enthält eine überaus bedeutsame Veröffentlichung über die Finanzen des Reichs und der deutschen Bundesstaaten. Ihr liegen die Voranschläge für 1906 und die Rechnungen für 1904 zugrunde. Unter Beschränkung auf die Voranschläge wird im nachstehenden ein Blick auf die wichtigsten Zahlen geworfen.

Die Gesamtausgaben beliefen sich im Jahre 1906 in den Bundesstaaten auf 4618 Millionen Mark, im Reiche auf 2571 Millionen Mark, zusammen auf 7189 Millionen Mark. Die Gesamteinnahmen betrugen in den Bundesstaaten 4606 Millionen Mark, im Reiche 2571, zusammen 7177 Millionen Mark. Die Gesamtschulden stellten sich in den Bundesstaaten auf 12 495 Millionen Mark, im Reiche auf 3543 Millionen Mark, zusammen auf 16 038 Millionen Mark. Die Beträge für die Gesamtausgaben und die Gesamteinnahmen werden durch gegenseitige Zahlungen zwischen Reich und Bundesstaaten oder zwischen einzelnen Bundesstaaten (meist auf dem Wege der Abrechnung ausgeglichen) erheblich beeinflußt; Matrikularbeiträge, Ueberweisungen und andere Posten kommen hier in Betracht. Um diese gegenseitigen Zahlungen müssen die Gesamtausgaben und die Gesamteinnahmen des Reiches und der Bundesstaaten gekürzt werden, wenn man zu den tatsächlich erhobenen Einnahmen und geleisteten Ausgaben gelangen will. In der Reichsstatistik wird davon abgesehen, weil die betreffenden Posten vollständig nicht erfaßt werden können.

Der Bestimmung nach gliedern sich die Ausgaben in solche zur Erlangung von Erwerbseinkünften, in Ausgaben für die Staatsschuld, für die sonstige Staatsverwaltung, für Reichszwecke und für Ueberweisungen an die Bundesstaaten. Der ordentliche Bedarf der Ausgaben für die Erwerbseinkünfte bezifferte sich im Reiche (in runden Summen) auf 577 Mill. Mark, in den Bundesstaaten auf 2205 Mill. Mark. Der ordentliche Bedarf für die Staatsschuld betrug im Reiche 127 Mill. Mark, in den Bundesstaaten 511 Mill. Mark. Der ordentliche sonstige Bedarf für die Staatsverwaltung machte im Reich 1570 Mill. Mark aus, in den Bundesstaaten 1529 Mill. Mark. Die Leistungen der Bundesstaaten an das Reich beliefen sich auf 246 Mill. Mark. Als außerordentlicher Bedarf kommen an Ausgaben für Erwerbseinkünfte im Reich 57 Mill. Mark, in den Bundesstaaten 60 Mill. Mark, an Bedarf für die Staatsschuld nur in den Bundesstaaten 962 Mill. Mark, an Ausgaben für die sonstige Staatsverwaltung im Reich 229 Mill. Mark, in den Bundesstaaten 58 Mill. Mark und zur Deckung früherer Fehlbeträge nur in den Bundesstaaten 700 Mill. Mark hinzu. Der Bedarf für die Erwerbseinkünfte steht also (bei den größeren Bundesstaaten) voran; sie bringen aber auch die Haupteinnahme, nämlich ⅔ der bundesstaatlichen Einnahmen. Es handelt sich dabei um die Eisenbahnen, Domänen, Forsten, Bergwerke rc., im Reiche um Post, Telegraphie rc. Im einzelnen bezieht das Reich aus den Erwerbseinkünften rund 30 % seiner ordentlichen Einnahmen, aus Steuern und Zöllen 52 Proz., aus Gebühren usw. 0,59 Proz., aus sonstigen Einnahmen 15 Proz. Die Bundesstaaten decken rund 68 Proz. ihrer ordentlichen Einnahmen aus den Erwerbseinkünften, 15 Proz. aus Steuern und Zöllen, 4 Proz. aus Gebühren usw., 1,46 Proz. aus Vergütungen der Reichskasse, 4,54 Proz. aus sonstigen Einnahmen, 0,71 Proz. aus Ueberschüssen, 4,69 Proz. aus Ueberweisungen der Reichskasse.

Nach Abzug der Eisenbahnschulden beträgt die fundierte Staatsschuld in runden Zahlen auf den Kopf: im Reiche 52 M., in Preußen 117 M., in Bayern 39 M., in Sachsen 37 M., in Württemberg 15 M., in Baden (hierunter Einrechnung der Eisenbahnschuld) 278 M., in Hessen 47 M., in Mecklenburg-Schwerin 61 M., in Sachsen-Weimar 4,44 M., in Mecklenburg-Strelitz 15 M., in Oldenburg 22 M., in Braunschweig 108 M., in Meiningen 24 M., in Altenburg 4,27 M., in Koburg-Gotha 22 M., in Anhalt (hier wird nur der Anteil an der Reichsschuld verzeichnet) 56 M., in Sondershausen 7,95 M., in Rudolstadt 45 M., in Waldeck 29 M., in Reuß älterer Linie (hier wiederum nur Anteil an der Reichsschuld) 56 M., in Reuß jüngerer Linie 7 M., in Schaumburg-Lippe 9 M., in Lippe 5 M., in Lübeck 452 M., in Bremen 537 M., in Hamburg 561 M., in Elsaß-Lothringen 19 M. Die Zahlen sind wegen der verschiedenen Verwertung nur mit Vorbehalt vergleichbar. In den Hansestädten z. B. dient der größte Teil der Schulden zum Bau von Verkehrsanlagen, welche wieder Einnahmen abwerfen.

Deutsches Reich.

Leipzig, 6. Juni.

* **Ueber die geplante Neuregelung der Beamtenbesoldungen** verlautet das Folgende: Die Grundsätze, nach denen im Reiche die Neuregelung der Beamtenbesoldungen erfolgen soll, sind noch nicht festgestellt, und es wird noch einiger Zeit bedürfen, bis in dieser schwierigen Materie Vorschläge gemacht werden können, die in den Einzelstaaten den kommissarischen Verhandlungen entsprechen. Sicher ist aber, daß das Bestreben der Reichsverwaltung darauf gerichtet ist, eine Vereinfachung herbeizuführen und die große Zahl der vorhandenen Besoldungsklassen in möglichst wenige Gruppen zu vereinigen. Dadurch würde nicht nur die so dringend notwendige Uebersicht erreicht, sondern auch den fortwährenden Vergleichen der einen Klasse mit einer anderen und dem Drängen nach einer Verbesserung lediglich mit Rücksicht auf die Bezüge der anderen Klasse, der Boden entzogen. Naturgemäß erfordert eine derartige organische Umgestaltung nicht nur mehr Mühe und Zeit, als ein bloßer prozentualer Zuschlag zu den zurzeit zustände Gehältern, sondern auch erheblich größere Aufwendungen. Die endgültige Regelung wird deshalb erst erfolgen können, sobald sich übersehen läßt, welche Mittel dafür zur Verfügung stehen. Auch die Aufbesserung des Wohnungsgeldzuschusses wird hierbei mit zur Erwägung kommen.

* **Die englischen Journalisten in Rüdesheim.** Die englischen Journalisten trafen gestern kurz nach 11 Uhr auf dem Rüdesheimer Bahnhofe ein, wo sie von den Vertretern der Stadt Rüdesheim und Mitgliedern des Kölner Empfangskomitees begrüßt wurden. Der eigentliche Empfang fand sodann in der Rheinhalle gegenüber dem Bahnhofe statt unter Darreichung eines Ehrentrunkes, bei dem der älteste Rüdesheimer Krebenzz wurde. Bürgermeister Alberti hielt eine Ansprache, in der er die englischen Gäste bewillkommnete. Er betonte die freundschaftlichen Beziehungen Deutschlands zu England. Rüdesheim habe das beste geboten, nämlich reinen Wein. Derselbe wachse am Hange des Niederwaldes, dessen Abhang das Friedensdenkmal trage. Wilson erwiderte mit Worten des Dankes für die vortreffliche Gastfreundschaft der Deutschen unter Bewunderung des köstlichen Weines und des herrlichen Flusses. Sein Hoch galt den Bewohnern Rüdesheims. Den englischen Gästen wurde ein künstlerisch ausgestattetes Erinnerungsblatt mit einem Gedicht von Emil Rittershaus überreicht. Gegen 12 Uhr erfolgte die Weiterfahrt auf einem Sonder-Rheindampfer nach Köln.

* **Die Polen in Masuren.** Die polnische Propaganda unter den Masuren scheint von den Polen als aussichtslos aufgegeben zu werden. Am 1. Juni hat der „Mazur" in Ortelsburg, der mit so großen Hoffnungen von den Polen begründet war, sein Erscheinen eingestellt.

* **Reichstags-Kandidatur.** Im dritten Oldenburgischen Reichstagswahlkreis, in dem infolge der Ernennung seines

SLUB
Wir führen Wissen.